

Notstand der Republik

Heimatschutz: Bundeswehr im Innern

Unter dem Titel Heimatschutz sollen in sämtlichen 426 Landkreisen und kreisfreien Städten mit „Verbindungskommandos“ ortsansässiger Reservisten den Staat schützen. Heimatschutz - Sie wissen nicht, was das ist? Das sollten Sie aber, denn er kann Sie eines Tages Kopf und Kragen kosten.

Heimatschutz - das ist ein völlig neuer Staatsapparat, der in diesem Jahr aus dem Boden gestampft wurde. Am 30.6.2007 wurde er im ganzen Land in Dienst gestellt.

Heimatschutz - das sind Reservisten der Bundeswehr, die im Inland zum Einsatz kommen. Die deutschen Innen- und Kriegsmini-



Das Heimatschutzkommando im Frankfurter Römer (Frankfurter Rundschau vom 17.04.07)

ster fordern nicht nur den Einsatz der Bundeswehr im Inland, gegen die eigene Bevölkerung. Sie setzen sie längst ein und bauen einen zusätzlichen Militärischen Apparat hierfür auf - siehe G8-Gipfel in Heiligendamm. Das beschloss die Bundesregierung in ihrer Richtlinie „Weißbuch zur Bundeswehr“ im Oktober 2006.

Die alten Verteidigungsstrukturen sind passé. „Mit der Wiedervereinigung wurden diese Strukturen überflüssig“ (Streitkräftebasis der Bundeswehr - „Pressehintergrund“ vom Januar 2007). Seit Januar 2007 wird der Aufbau eines flächendeckenden militärischen Heimatschutzes von Bundeswehr, Reservisten und zivilen Organisationen vorangetrieben. Allen 16 Landesregierungen stellt der deutsche Generalstab Bundeswehroffiziere zur Seite, so genannte „Landeskommandos“ als „Ansprechpartner der Landesregierung in allen Fragen der möglichen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr“ (Streitkräftebasis der Bundeswehr). Der deutsche Offizier als Regierungsberater.

Die neuen „Verbindungskommandos“. Zu ihrem eigenen Schutz lässt die politische Klasse den Heimatschutz zur Stunde in sämtlichen 426 Landkreisen und kreisfreien Städten mit „Verbindungskommandos“ orts-

ansässiger Reservisten installieren. Anfangs mit 10.000 Reservisten der Bundeswehr, mindestens 12 in jedem Landkreis. Die CDU verlangt eine Gesamtzahl von 250.000. Ihr Einsatzbefehl: „Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“ (BMVg „Konzeption für die Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr“ 2004) sowie bei Naturkata-

Führer des hessischen Landeskommandos

... ist der Bundeswehr-Oberst **WILHELM F. HUNSDÖRFER**, der auch gerne mal bei schlagenden Verbindungen referiert, so am 9. November (!) 2006 bei der Burschenschaft Arminia in Frankfurt/Main zum Thema: „Neue Wege der Bundeswehr in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ „mit anschließender Reservistenkneipe“, wie die reaktionär-trunkenen Söhne der besseren Herrschaften in ihrem Veranstaltungskalender stolz verkünden.

strophien und besonders schweren Unglücksfällen. „Ehrenbeamte“ sollen die Führungsoffiziere der Reserve werden, womit ihr Auftrag laut Beamten-gesetz in der „Sicherheit des Staates“ besteht. Eines Staates vor allem des großen Kapitals, der Herrschaft der Eliten.

Feuertaufe beim G8-Gipfel Die Heimatschutzkommandos erhielten ihre Feuertaufe beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Schon am 11. Januar 2007 berichtete der Norddeutsche Rundfunk: „In diesem Zusammenhang ist für März in Rostock und den benachbarten



Soldaten des Jägerbataillon 292 bei der Übung gegen Demonstranten im Blamann (Europäische Sicherheit 2/2007)

Landkreisen die erste Sicherheitsübung für den Gipfel in Heiligendamm geplant. Dabei werde das Zusammenwirken von Sicherheits- und Hilfskräften etwa bei Demonstrationen oder Auseinandersetzungen mit militanten

Globalisierungsgegnern trainiert, sagte Oberst Manfred Pape als Chef des Bundeswehr-Landeskommandos in Schwerin. Bei den Übungen würden auch die neuen zivilmilitärischen Verbindungskommandos einbezogen.“

Neben 18.000 Polizisten setzten Regierung und Staat in ihrem Großmanöver rund um Heiligendamm völlig verfassungswidrig über 2.000 Bundeswehrsoldaten, über ein Dutzend Spähpanzer, neun Marineboote, eine Fregatte sowie Tornado-Kampfflugzeuge ein. Kaum hatten die Tornados ihren Kriegseinsatz in Afghanistan gestartet, flogen sie auch schon

Führer des Kreisverbindungskommandos in Frankfurt am Main

...und Befehlsempfänger von Oberst Hundsdoerfer ist Oberstleutnant der Reserve **DR. PAUL STEFAN FREILING**. Reserveoberstleutnant Dr. Freiling besitzt eine Rechtsanwaltskanzlei in der Bankenmetropole, war Anfang der 90er Jahre Berater der Treuhandanstalt zur Liquidierung der Schwerindustrie in der einverleibten DDR, ist dem Kapital zur „rechtlichen Beratung bei Auslandsinvestitionen“ und „Outsourcing“ zu Diensten, also beim Kapitalexport und der Verlagerung und Vernichtung von Arbeitsplätzen. Er sitzt im Schulelternbeirat und führt auf seiner Homepage weitere Interessen auf wie „Bundeswehr (Oberstleutnant d.R.)“ und passender Weise die „Jagd“. Der Reserveoffizier vertritt die Interessen der Bevölkerung wie der Jäger die des Freiwilds.

Einsätze auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Deutsches Kriegsrecht von Afghanistan bis Heiligendamm. Mit von der Partie in Heiligendamm waren auch die Heimatschutzkommandos von Rostock, Güstrow, Parchim, Bad Doberan und Brandenburg, wie die Bundesregierung auf eine Anfrage zugeben musste (Bundestags-Drucksache 16/5148).

Die Heimatschutzkommandos erhalten in den kreisfreien Städten und Landratsämtern Räume, um immer präsent zu sein und haben den Auftrag, ständige Verbindungen mit dem Technischen Hilfswerk und den zivilen Hilfsorganisationen wie den Feuerwehren, Arbeiter Samariterbund, Rotes Kreuz, Johanniter, Malteser etc. bis hin zum DLRG aufzubauen. Diese Hilfsorganisationen umfassen 3,5 Millionen Menschen, die sich für die Lebensrettung engagieren. Jetzt sollen sie jenen zuarbeiten, deren Handwerk vor allem im Kriegführen und Töten besteht.

„Zivil-militärische Zusammenarbeit“ heißt der Zugriff des Mili-

tärs auf die Gesellschaft, womit sie immer tiefer in das Leben und die Rechte der Bürger eingreifen, um sie als Hilfstruppen zu rekrutieren. Im Zuge des Staatsumbaus schickt die Bundeswehr auch Reservisten im Ausland an die Front. Jeder 12. deutsche Soldat im Auslandseinsatz ist freiwilliger Reservist. Drei von ihnen kamen im Mai in Zinksärgen zurück.

Die Heimatschutz-Truppen schützen weder die Heimat noch die Bevölkerung. Der Innenminister will sie zusammen mit Bundeswehrsoldaten einsetzen lassen, wenn Polizeieinsätze nicht mehr ausreichen. Die Herrschenden befürchten, dass die Mehrheit in diesem Land nicht mehr ewig so weiterleben will und sich zur Wehr setzen wird gegen den sozialen und politischen Notstand der Republik. Dafür wappnen sie sich schon heute. Wenn es nicht mehr ausreicht, private Wachdienste als Streikbrecher gegen Streiks wie bei der Telekom einzusetzen. Wenn der Widerstand wächst und die Streiks und Demonstrationen für ein besseres Leben zunehmen.

Wer **MORGEN** dem Heimatschutz nicht gegenüberstehen will, muss schon **HEUTE** für seine Auflösung eintreten. In Gewerkschaften und fortschrittlichen Jugendverbänden wurde schon Protest gegen den Staatsumbau und den Heimatschutz erhoben. **FORDERN AUCH SIE MIT UNS:**

- **Heimatschutz - raus aus dem Rathaus!**
- **Für die Auflösung aller Heimatschutz-Verbände!**
- **Schluss mit den Bundeswehr-Einsätzen im Inland!**
- **Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland!**

Gegen den Notstand der Republik!

Erklärungen und Beschlüsse gegen den Notstand der Republik

Aus dem Beschluss der Bundesjugendkonferenz der IG Metall vom Januar 2007:

„Die IG Metall-Jugend spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren aus. “Sie warnt, dass der „Einsatz der Bundeswehr im Inneren bereits ohne gesetzliche Grundlage praktiziert wird, wie z.B. beim Papst-Besuch oder der Fußball-Weltmeisterschaft. Bereits beschlossene Sache ist die Einrichtung von rund 470 Verbindungskommandos der Bundeswehr, die mit 10 ortsansässigen und truppenerfahrenen Reservisten besetzt werden sollen. Der Einsatz von Streitkräften hat in diesem Land eine lange und blutige Tradition. ... Die Bundesjugendkonferenz sieht in den oben genannten Themen eine Bedrohung für die Demokratie und die Zukunft der Jugend. Deshalb beschließt sie diesen Antrag mit dem Ziel, zu diesen Themen inhaltlich zu arbeiten und in der Öffentlichkeit aufzutreten.“

Aus der Resolution des Deutschen Anwaltvereins zur geplanten Verschärfung der Sicherheitsgesetze 58. Deutscher Anwaltstag in Mannheim im Mai 2007

„Der Deutsche Anwaltsverein ist sich der Schutzpflicht des Staates durchaus bewusst. Er wehrt sich dennoch dagegen, dass die Bundesrepublik Deutschland von einem Freiheits- und Rechtsstaat zu einem Sicherheits- und Überwachungsstaat zu werden droht.

...

Mit Maßnahmen, wie beispielsweise der Vorratsdatenspeicherung, greift der Staat unverhältnismäßig und ohne Not in diesen geschützten Vertrauensraum der Kommunikation ein. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen beispielsweise Telefon- und Internetdaten unabhängig von einem Verdacht ein halbes Jahr lang gespeichert werden. Damit setzt der Staat alle Bürgerinnen und Bürger dem Generalverdacht aus, sie seien Straftäter. Das ist unerträglich! In dem grundgesetzlich verankerten Schutz der Privatsphäre spiegelt sich letztlich auch die rechtsstaatlich verankerte „Unschuldsvermutung“. Die Pläne wollen diesen Grundsatz jedoch dahingehend umkehren, dass alle Bürgerinnen und Bürger verdächtig sind und sie ihre Unschuld beweisen müssen. Dies bedeutet eine Abkehr von rechtsstaatlichen Grundsätzen.“

Aus dem Beschluss der Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft verdi vom Mai 2007:

„Verdi lehnt die Angriffe auf das Grundgesetz und den Umbau des Staates ab, wie zum Beispiel:

- Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Aufhebung der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Verfassungsschutz
- Grundrechtsbeschränkungen

(...) Als Gewerkschaften brauchen wir demokratische Rechte, denn sonst ist es nicht möglich, die Interessen unsere Mitglieder zu wahren oder angemessen zu vertreten. Daher müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um den Umbau des Staates zu verhindern.“

Aus den Beschlüssen der Vertrauensleute von Daimler Bremen und Daimler Wörth vom April 2007 an den Gewerkschaftstag der IG Metall:

„Der 21. Gewerkschaftstag der IG Metall spricht sich gegen Maßnahmen der Bundesregierung aus, die einen fortschreitenden Demokratieabbau, einen Aus- und Umbau des staatlichen Gewaltenapparats, sowie eine weitere Militarisierung von Staat und Gesellschaft bedeuten.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- *Die Bildung eines „Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ)“ von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz sowie über 30 weiterer Staatsorgane, die unter einem Dach in Berlin-Treptow zentralisiert sind. Damit wird das verfassungsgemäße Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten aufgehoben, das auf Grund der Erfahrungen während des Faschismus erlassen wurde, um nie wieder so etwas wie eine Gestapo entstehen zu lassen.*
- *Der Umbau des Bundesgrenzschutzes zu einer überall einsetzbaren „Bundespolizei“, die es nicht geben darf, denn laut Grundgesetz ist Polizei Ländersache.*
- *Die geplante Änderung des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr nach Innen sowie die Aufstellung eines flächendeckenden „Heimatschutzes“ von Bundeswehr-Reservisten und die damit verbundene Einrichtung von 470 Verbindungskommandos der Bundeswehr bei allen Landratsämtern, kreisfreien Städten und Landesregierungen.*
- *Der weltweite Einsatz der Bundeswehr, der von der Sicherung von „kritischen Rohstoffen“, „Energieträgern“ und „Transportwegen“ bis hin zu „Pandemien und Seuchen“ wie der Vogelgrippe reichen soll. („Weißbuch 2006“ der Bundesregierung).*

Aus der Erklärung des Jugendkongress - Notstand der Republik vom Mai 2007:

„Wir verurteilen die Maßnahmen der Regierenden, welche die Demokratie in diesem Land gefährden. Dazu zählen wir insbesondere:

- *Die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum.*
- *Den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in so genannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden.*

(...) Wissend, dass dieser Schub noch ein wenig zu groß für uns ist, treten wir damit in die Fußstapfen der Bewegung, die in den 60er Jahren gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekämpft hat unter der Losung „Notstand der Demokratie“ und kämpfen heute gegen den „Notstand der Republik“, so wie auch damals der Kampf von der Jugend begonnen wurde.

Teilnehmer am Jugendkongress kamen aus folgenden Organisationen:

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder, FDJ, IGM-Jugend, Jugendensemble „Die Tage der Commune“ (Brecht/Eisler), KPD(B), LinksparteiPDS, SJD-Die Falken, Ver.di-Jugend, Young Socialist Gotha.

VVN-BdA NRW - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Landesvereinigung NRW
Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel.: 0202/45 06 29, Fax: 0202/25 49 836, vvn-bdanrw@freenet.de

